
**TREU UND GLAUBEN
ALS GRUNDRECHT NACH ART. 9
DER SCHWEIZERISCHEN BUNDESVERFASSUNG**

Dr. iur. Elisabeth Chiariello



Stämpfli Verlag AG Bern

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	XI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur.....	XIX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIX
Einleitung.....	1

I. Teil:

Grundlagen

Erstes Kapitel: Funktion und Bedeutung von Treu und Glauben in einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Rechtsordnung.....	5
Zweites Kapitel: Vertrauensschutz in einzelnen Rechtgebieten.....	9
2.1 Vertrauensschutz im schweizerischen Privatrecht.....	9
2.2 Vertrauensschutz im schweizerischen Verwaltungsrecht.....	23
2.3 Vertrauensschutz im Völkerrecht.....	49
2.4 Vertrauensschutz im Recht der Europäischen Gemeinschaften.....	69
2.5 Vertrauensschutz im Deutschen Grundgesetz.....	79

II. Teil:

Vertrauensschutz als Grundrecht im schweizerischen Verfassungsrecht

Drittes Kapitel: Vertrauensschutz im Verfassungsrecht.....	91
3.1 Verfassungsrechtliche Entwicklung.....	91
3.2 Bedeutung der Ausprägung einer Rechtsposition als Grundrecht....	97
3.3 Tragweite von Treu und Glauben nach Art. 9 BV.....	110
Viertes Kapitel: Verflechtung und Trennung des verwaltungsrechtlichen und grundrechtlichen Vertrauensschutzes.....	157

4.1	Der materiellrechtliche Aspekt: die Auskristallisierung eines Grundsatzes des Verwaltungsrechts zum Grundrecht der Verfassung	157
4.2	Der prozessuale Aspekt: gerichtliche Durchsetzung des Vertrauensschutzes	161
Fünftes Kapitel: Verhältnis von Treu und Glauben nach Art. 9 BV zu anderen Grundrechten		169
5.1	Verhältnis zum Willkürverbot nach Art. 9 BV	169
5.2	Verhältnis zur Eigentumsgarantie nach Art. 26 BV: wohlerworbene Rechte in der schweizerischen Rechtsordnung	176
5.3	Verhältnis zum Verbot des überspitzten Formalismus nach Art. 29 Abs. 1 BV	187
Sechstes Kapitel: Verhältnis von Treu und Glauben nach Art. 9 BV zu den Verfassungsprinzipien nach Art. 5 Abs. 1–3		197
6.1	Verhältnis zum Legalitätsprinzip nach Art. 5 Abs. 1 BV	198
6.2	Verhältnis zum Erfordernis der öffentlichen Interessen und zum Verhältnismässigkeitsprinzip nach Art. 5 Abs. 2 BV	204
6.3	Verhältnis zum allgemeinen Grundsatz von Treu und Glauben nach Art. 5 Abs. 3 BV	210
Hauptergebnisse		221
Literaturverzeichnis		227

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
I. Teil:	
Grundlagen	
Erstes Kapitel: Funktion und Bedeutung von Treu und Glauben in einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Rechtsordnung	5
Zweites Kapitel: Vertrauensschutz in einzelnen Rechtsgebieten	9
2.1 Vertrauensschutz im schweizerischen Privatrecht.....	9
2.1.1 Rechtsgrundlagen im Privatrecht und in der Verfassung. ...	9
2.1.2 Allgemeine Charakterisierung von Art. 2 ZGB.....	10
2.1.3 Das Gebot des Handelns nach Treu und Glauben nach Art. 2 Abs. 1 ZGB	13
2.1.4 Das Verbot des offenbaren Rechtsmissbrauchs nach Art. 2 Abs. 2 ZGB	17
2.1.5 Konkretisierung von Art. 9 BV auf dem Hintergrund von Lehre und Praxis zu Art. 2 ZGB.....	19
2.2 Vertrauensschutz im schweizerischen Verwaltungsrecht.....	23
2.2.1 Einleitung	23
2.2.2 Vertrauensschutz bei Verfügungen, öffentlichrechtlichen Verträgen und Informationen der Verwaltung.....	24
2.2.2.1 Verfügungen: der Widerruf von formell rechtskräftigen Verfügungen als Problem des Vertrauensschutzes	24
a) Fehlerhafte Verfügungen und Vertrauensschutz	24
b) Der Widerruf von Verfügungen	25
aa) Anknüpfungspunkt: Fehlerhaftigkeit der Verfügung.....	26
bb) Interessenabwägung.....	26
cc) Verfügungen von besonderer Rechtsbeständigkeit.....	28
c) Ergebnis	29
	XI

2.2.2.2	Vertragsverhältnis: Vertrauensschutz und öffentlichrechtlicher Vertrag	30
a)	Fehlerhafte Verträge und Vertrauensschutz..	30
b)	Die einseitige Auflösung von öffentlichrechtlichen Verträgen	32
aa)	Anknüpfungspunkt: Fehlerhaftigkeit des öffentlichrechtlichen Vertrages	33
bb)	Interessenabwägung.....	37
d)	Ergebnis	38
2.2.2.3	Informationen der Verwaltung: schützenswertes Vertrauen bei Auskünften, Zusagen und ähnlichen Äusserungen der Verwaltung	38
a)	Informationen der Verwaltung und Vertrauensschutz.....	38
b)	Anforderungen an die unrichtige behördliche Auskunft.....	39
c)	Anforderungen an den Adressaten	45
d)	Vorbehalt der Rechtsänderung	48
2.3	Vertrauensschutz im Völkerrecht	49
2.3.1	Einleitung	49
2.3.2	Erscheinungsformen	50
2.3.2.1	Vertrauensschutz im Rahmen der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.....	50
a)	Acquiescence (qualifiziertes Stillschweigen)	51
b)	Estoppel	54
aa)	Voraussetzungen und Rechtswirkungen.....	54
bb)	Der Nufenen-Fall: Relevanz des völkerrechtlichen Vertrauensschutzes in der schweizerischen Rechtsprechung.....	58
2.3.2.2	Vertrauensschutz als Faktor in der Bildung des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts	60
a)	Elemente des Völkergewohnheitsrechts.....	60
b)	Das Vertrauensprinzip als Grundlage der opinio iuris	62
2.3.2.3	Hinweise zur Bedeutung des Vertrauensschutzes im Vertragsrecht	64
2.3.3	Bedeutung des völkerrechtlichen Vertrauensschutzes für die Konkretisierung des Vertrauensschutzes nach Art. 9 BV	67

2.4	Vertrauensschutz im Recht der Europäischen Gemeinschaften	69
2.4.1	Anerkennung des Vertrauensschutzes als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Primärrechts	69
2.4.2	Entwicklung in der Rechtsprechung des EuGH	71
2.4.3	Vertrauensschutz gegenüber Akten der Verwaltung am Beispiel des Entscheides <i>Deutsche Milchkontor</i>	73
2.4.4	Vertrauensschutz gegenüber Akten des ‚Gesetzgebers‘ am Beispiel des Entscheides <i>von Deetzen</i>	77
2.5	Vertrauensschutz im Deutschen Grundgesetz	79
2.5.1	Der Weg zum verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz.....	79
2.5.2	Verfassungsrechtlicher Vertrauensschutz als Schranke der Gesetzgebung	80
2.5.2.1	Vertrauensschutz als Begrenzung der Rück- wirkung von Gesetzen: echte und unechte Rückwirkung.....	81
2.5.2.2	Verfassungsrechtliche Dogmatik des Vertrau- ensschutzes	84
	a) Herleitung aus dem Rechtsstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 3 GG	85
	b) Herleitung aus spezifischen Grundrechten....	86
2.5.3	Zusammenfassung und rechtsvergleichende Würdigung	88

II. Teil:

Vertrauensschutz als Grundrecht im schweizerischen Verfassungsrecht

Drittes Kapitel:	Vertrauensschutz im Verfassungsrecht.....	91
3.1	Verfassungsrechtliche Entwicklung	91
3.1.1	Unter der Bundesverfassung von 1874.....	91
3.1.1.1	Allgemeine Entwicklung bis 1978	91
3.1.1.2	Anerkennung des grundrechtlichen Charakters von Treu und Glauben im Jahre 1978	94
3.1.2	Unter der Bundesverfassung von 1999.....	96
3.2	Bedeutung der Ausprägung einer Rechtsposition als Grundrecht	97
3.2.1	Einleitung	97
3.2.2	Grundrechte als verfassungsmässige Rechte	98
3.2.2.1	Unter der Bundesverfassung von 1874 ent- wickelte Kriterien	98

	3.2.2.2	Abgrenzung der verfassungsmässigen Rechte von Sozialzielen und Verfassungsprinzipien unter der Bundesverfassung von 1999	103
3.2.3		Zur Bindung der Staatsorgane an die Grundrechte.....	105
	3.2.3.1	Exkurs: die Grundrechtsbindung in der deutschen Verfassungsgeschichte.....	105
		a) Die Grundrechtsbindung unter der Weimarer Reichsverfassung von 1919.....	105
		b) Die Auswirkungen auf das Deutsche Grundgesetz	106
	3.2.3.2	Der Vorrang der Grundrechte in der Rechtsordnung	107
		a) Bedeutung	107
		b) Rechtsgrundlagen.....	108
		c) Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers im Besonderen	109
3.3		Tragweite von Treu und Glauben nach Art. 9 BV	110
	3.3.1	Treu und Glauben als eigenständige Grundrechtsposition ..	110
		3.3.1.1 Grundrechtsqualität: Vertrauensschutz	110
		3.3.1.2 Tatbestandsmerkmale des Vertrauensschutzes ...	113
		a) Staatliches Verhalten als Vertrauensgrundlage.....	116
		b) Vertrauen des Bürgers in das Verhalten der Behörden.....	118
		c) Vertrauensbetätigung (Disposition)	120
		d) Überwiegendes Vertrauensinteresse des Bürgers gegenüber entgegenstehenden öffentlichen Interessen	121
	3.3.1.3	Zum Vorbehalt der Rechtsänderung (fünftes Tatbestandsmerkmal nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts) und zum Vorbehalt der gesetzlichen Sonderregelungen (sechstes Tatbestandsmerkmal nach der früheren Rechtsprechung des EVG).....	123
		a) Der Vorbehalt der Rechtsänderung und grundrechtlicher Vertrauensschutz.....	123
		b) Gesetzliche Regelungen des Vertrauensschutzes und das Ringen des EVG mit dem Vorrang der Verfassung	126
	3.3.1.4	Rechtsfolgen des Vertrauensschutzes	128
		a) Grundsatz.....	128

	b) Bindung an die Vertrauensgrundlage (Bestandesschutz)	129
	c) Wiederherstellung verpasster Rechtsmittelfristen	129
	d) Übergangsregelungen	130
	e) Entschädigung für erlittenen Vertrauensschaden	132
3.3.1.5	Bindung aller staatlichen Organe an Art. 9 BV als Folge der Grundrechtsqualität	134
	a) Einleitung	134
	b) Bindung des Staates durch die Handlungen der administrativen Behörden	136
	c) Bindung des Staates durch die Handlungen der legislativen Behörden	137
	aa) Rechtssätze als Vertrauensgrundlage	137
	bb) Die Rechtsänderung als Problem des Vertrauensschutzes nach Art. 9 BV	138
	d) Bindung des Staates durch die Handlungen der rechtsprechenden Behörden	143
	aa) Änderung der Rechtsprechung in prozessualen Rechtsfragen	144
	bb) Änderung der Rechtsprechung in materiellen Rechtsfragen	146
3.3.2	Schlussfolgerungen und Konkretisierung von Treu und Glauben nach Art. 9 BV illustriert an zwei Entscheiden des Bundesgerichts	148
3.3.2.1	Einleitung	148
3.3.2.2	Der Entscheid Hoffmann	149
	a) Sachverhalt	149
	b) Verfassungsrechtliche Konsequenzen aus dem Entscheid Hoffmann	150
	aa) Die Grundrechtsqualität des Vertrauensschutzes	150
	bb) Der grundrechtliche Vertrauensschutz neben dem verwaltungsrechtlichen Vertrauensschutz	151
	cc) Konkretisierung des grundrechtlichen Vertrauensschutzes auf dem Wege der wertenden Interessenabwägung	152
	dd) Bindung des Gesetzgebers	153

3.3.2.3	Der Entscheid von Tschärner: Anforderungen der Verfassung an die kantonale Ausgestaltung des Vertrauensschutzes	153
Viertes Kapitel: Verflechtung und Trennung des verwaltungsrechtlichen und grundrechtlichen Vertrauensschutzes		
		157
4.1	Der materiellrechtliche Aspekt: die Auskristallisierung eines Grundsatzes des Verwaltungsrechts zum Grundrecht der Verfassung	157
4.2	Der prozessuale Aspekt: gerichtliche Durchsetzung des Vertrauensschutzes	161
4.2.1	Der Vertrauensschutz als Teil des allgemeinen Verwaltungsrechts in der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kantone und des Bundes	161
4.2.2	Der Vertrauensschutz als Grundrecht in der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Kantone und des Bundes	164
4.2.2.1	Im Rahmen der kantonalen Gerichtsbarkeit	164
4.2.2.2	Im Rahmen der Gerichtsbarkeit des Bundes	165
	a) Im Rahmen der staatsrechtlichen Beschwerde nach Art. 84 ff. OG	165
	b) Im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbeschwerde nach Art. 97 ff. OG	166
Fünftes Kapitel: Verhältnis von Treu und Glauben zu anderen Grundrechten		
		169
5.1	Verhältnis zum Willkürverbot nach Art. 9 BV	169
5.1.1	Das Grundrecht auf Schutz vor Willkür	169
5.1.1.1	Zur grundrechtlichen Qualität	169
5.1.1.2	Der subsidiäre Charakter des Willkürverbots	171
5.1.1.3	Anwendungsbereiche	172
5.1.2	Das Verhältnis der beiden Grundrechte des Art. 9 BV zueinander	173
5.2	Verhältnis zur Eigentumsgarantie nach Art. 26 BV: wohlerworbene Rechte in der schweizerischen Rechtsordnung	176
5.2.1	Fragestellung	176
5.2.2	Wohlerworbene Rechte in der schweizerischen Rechtsordnung	177
5.2.2.1	Zum Begriff des wohlerworbenen Rechts	177
5.2.2.2	Hinweise zur historischen Funktion des Instituts wohlerworbener Rechte	177

